

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin=Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Dem Arbeitsmarkt beim Friedensschluß

Schon vor der Beendigung des Krieges müssen Vorbereitungen für eine zweckmäßige Gestaltung des Arbeitsmarktes getroffen werden. Unter Arbeitsmarkt versteht man das Angebot an Arbeitskräften und die Nachfrage nach Arbeitskräften. Das ist sozusagen ein stets sich verändernder Zustand. Wenn man von dem Beschäftigungsgrad der Gesamtheit der beschäftigten Arbeitnehmer. Das Angebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hat — verglichen mit dem Warenmarkt — besondere Eigenheiten. Waren sind ohne große Verluste leicht von einem Ort zum andern zu transportieren, man kann viele Waren einlagern (in Mülkhäusern) und aufbewahren (in Speichern), und sie bei der besten Gelegenheit verkaufen. Von einer Vorratslagerung oder Aufspeicherung der menschlichen Arbeitskraft kann aber kaum die Rede sein. Das vorhandene Angebot ist immer dringlich, die arbeitswilligen und arbeitssuchenden Menschen bedürfen zumest des Lohnes für den täglichen Lebensunterhalt, und deshalb sind sie nehmungen, ihre Arbeitskraft zu einem Preise loszuschlagen, der dem Lebensminimum oder der jeweiligen Marktlage nicht entspricht. Diese Möglichkeit wird aber durch die Arbeitnehmerverbände einzudämmen oder auszuschalten versucht. Eine andere Schwierigkeit ist die Selbsttätigkeit der Verheirateten oder berer, die für ihre Eltern sorgen müssen und mit ihnen in einen gemeinsamen Haushalt leben. Sie können und wollen nicht heute da, morgen dort arbeiten, wie es der Gesamtmarkt gerade erfordert. Mit solchen Schwierigkeiten hat die neuzeitliche Arbeiterbewegung zu rechnen, ihre Folgen muß sie abzuwenden suchen.

Für den kommenden Frieden soll rechtzeitig vorgesorgt werden. Da taucht aber eine Schwierigkeit besonderer Art auf. Zuverlässige statistische Unterlagen oder Grundlagen sind kaum zu beschaffen. Man kann nicht sagen, wieviel Krieger Arbeit fordern werden, und wie sie sich auf die einzelnen Berufe verteilen. Auch die Jahreszeit, zu welcher der Krieg beendet wird, bietet ihre Schwierigkeiten. Ist dies im Sommer der Fall, dann ist die Sache für landwirtschaftliche und Bauarbeiter günstig, dagegen können die Industrien ihre Arbeiter besser im Winter unterbringen.

Manche Erwägungen sprechen für einen großen Bedarf an Arbeitskräften nach dem Kriege. Zunächst wird man auf die vor dem Kriege notwendig gewordenen ausländischen Arbeiter verzichten müssen und auch gerne verzichten. Man schätzt ihre Zahl allein in Deutschland auf 800 000. Die Angestellten werden zum größten Teil wieder in ihre Stellungen zurückkehren; denn auch die Arbeitgeber sind, wie eine Rundfrage ergeben hat, ausnahmslos bereit, ihre alten Arbeitskräfte wieder aufzunehmen, umsomehr, als in der Landwirtschaft, der Montanindustrie, der Eisen- und Metallindustrie, der Weberei und Spinnerei, der Bekleidungsindustrie u. a. m. ein bedeutender Aufschwung erhofft und erwartet wird. Ein Teil der Fehler hat ja jetzt infolge von Arbeitermangel überhaupt nicht oder nur mangelhaft bestellt werden können, in manchen Industrien fehlen die Arbeiter, alle Lädenhüter sind verkauft und müssen ersetzt werden, und mit den Materialien und Halbfabrikaten verhält es sich ebenso. Dazu kommt, daß die Unsicherheit der politischen Lage, die in den letzten Jahren vor dem Kriege herrschte, das Kapital von Neugründungen und Erweiterungen von Betrieben zurückhält, so daß nach dem Kriege, bei nunmehr geklärteter Lage, ein großer Aufschwung zu erwarten steht. Auch an den Verlust ausländischer Märkte glauben die Optimisten nicht. Wie sich die Dinge im Baugewerbe verhalten werden, wird sehr von der Gestaltung des Hypothekemarktes, wie auch von den zu vergebenden öffentlichen Arbeiten abhängen. Nebenfalls ist in den verwüsteten Gebieten unseres Vaterlandes wie auch Oesterreich-Ungarns vieles zu erneuern.

Einiges spricht aber gegen eine glatte und flotte Abwicklung des Arbeitsmarktes. Die nötigen Rohstoffe, Halbfabrikate und Maschinen lassen sich nicht so schnell beschaffen, und an gutgeschulten, eingearbeiteten Arbeitern wird es teilweise fehlen. Vielleicht werden auch die Transportmittel den auftretenden Ansprüchen nicht ganz genügen können. Das Eintreten vorübergehender Krisen befürchten auch manche Volkswirtschaftler und Gewerkschaftsführer. Nach ihrer Ansicht werde das Zurückströmen der Millionen in das Wirtschaftsleben auf Monate hinaus eine Überfüllung des Arbeitsmarktes mit sich bringen, und die Rückanspannung der Industrien von der Kriegs- zur Friedensarbeit werde sich gleichfalls nicht so schnell vollziehen. Auch seien die Marktverhältnisse der europäischen Industrien so gründlich verändert, daß die gewerbliche Produktion einiger Zeit zur Neu Anpassung bedürfen werde, und erst dann, wenn die Lage sich zu klären beginne, an eine regelmäßige Beschäftigung der vorhandenen Arbeitskräfte denken könne.

So mancher Angestellte wird seine alte Arbeitsstätte verlassen finden; denn viele Betriebe sind eingegangen, sei es, daß der Besitzer gefallen ist, oder daß es an geschulten Arbeitern oder an Rohstoffen mangelte. Auch für diesen Teil der heimkehrenden Arbeitskräfte muß gesorgt werden.

Ferner ist damit zu rechnen, daß ein Teil der Deutschen in Amerika, denen ihre Zugehörigkeit zum alten Vaterlande während der Verfolgungen und Schikanen erst so recht zum Bewußtsein gekommen ist, den Weg nach Hause wiederfinden und gern antreten wird. Ein Schaden für die alte Heimat sind diese Rückwanderer nicht; denn sie werden in der Landwirtschaft und in den Industrien wohl zu gebrauchen sein, drücken auch den Lohn nicht, da sie von Amerika her an hohe Löhne gewöhnt sind.

Hemmend auf den Arbeitsmarkt werden hingegen die Schwierigkeiten wirken, mit denen die Arbeitgeber zu kämpfen haben werden. So mancher unentbehrliche, ausgebildete Facharbeiter oder Angestellte, so mancher tüchtige Arbeiter ist gefallen, oder als Halb- oder Ganzinvalid heimgekehrt. Es wird daher auf manchen Gebieten die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht gedeckt werden können, während auf anderen das Angebot die Nachfrage übertrifft.

Notwendig ist daher unbedingt ein Ausgleich der Nachfrage und des Angebots. Zu diesem Zweck muß unbedingt eine Organisation geschaffen werden, die eine volle Uebersicht über den Arbeitsmarkt gewährt und für alles Erforderliche Sorge zu tragen vermag.

Damit die Beschaffung von Rohstoffen sofort nach dem Kriege nicht unnötig verzögert wird, hat eine Organisation (das Kriegskomitee deutscher Industriellen) bereits rechtzeitig so vorgesorgt, daß zwei Millionen nach Friedensschluß aus Amerika für 100 Millionen Dollars Rohmaterial nach Deutschland angeliefert wird. Oesterreich hat für öffentliche Arbeiten vorgesorgt; nur Ungarn ist noch im Rückstande. Somogyi schlägt für Ungarn eine Organisation vor, die, gleich denen der anderen Länder, für rechtzeitige und richtige Ausgleichung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen hätte.

Zunächst hätte sie durch Umfrage bei den Arbeitgebern Zahl und Art der zu erwartenden Arbeitsgelegenheiten, und dann Zahl und Beruf der Arbeitssuchenden festzustellen, wobei die Militärbehörde schon während des Waffenstillstandes wesentliche Hilfe leisten könnte. Hierdurch wird ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf den verschiedenen Berufsgebieten minder schwierig gestaltet.

Als Muster könnten die deutschen städtischen Arbeitsnachweise dienen, bei denen jetzt eine ziemlich verlässliche Kontrolle über Art und Zahl der Arbeitssuchenden durch die Krankenkassen ausgeübt werden kann. Die Parteienunterschiede unter den deutschen Arbeitervereinigungen sind beiseite geschoben worden; alle vereinigen sich schon jetzt zu zweckmäßiger Arbeitsvermittlung nach dem Kriege. Eine Arbeitslosenversicherung mit anschließender Arbeitslosenversicherung ist anzustreben, und Arbeitsämter sind einzurichten, die zu Bezirksverbänden und schließlich zu

einer Reichszentrale zusammenzufassen sind. Der Staatssekretär des Innern nahm eine entsprechende Petition der Gewerkschaften freundlich auf, sie wurde teilweise angenommen. Für Privatangestellte erstrebt man eine ähnliche Organisation. Viel ist in Deutschland getan, aber noch viel mehr ist zu tun. Nach der Ansicht der „Sozialen Praxis“ ist ein gesetzlicher Zwang unumgänglich nötig.

In Oesterreich und Ungarn ist nur der Arbeitsnachweis für landwirtschaftliche Arbeiter, und zwar vorwiegend für Saisonarbeiter, durch die beiden Landwirtschaftsministerien organisiert. In Oesterreich ist für die gewerblichen Arbeiter wenig und nur in Großstädten, in Ungarn überhaupt noch nichts getan. Hier herrscht z. B. in der Montanindustrie noch das Agentenwesen. Eine Kriegsverordnung mit städtischen und gemeindlichen Arbeitsvermittlungen ist zwar im November 1915 im ungarischen Abgeordnetenhaus vorgenommen worden, aber für später ist eine grundsätzliche Umgestaltung erforderlich.

Der Berufswahl und dem Berufswechsel einer Anzahl von Arbeitssuchenden ist große Aufmerksamkeit zuzuwenden, und zwar durch zweckmäßig organisierte Berufsberatung, Lehrkurse für Handwerker, Gelmarbeiter und dergleichen.

Daß es an Arbeit nicht fehlen kann, dafür hat der Staat als der größte Verbraucher und Bauherr (z. B. Bedarf der Eisenbahnen) zu sorgen, ebenso auch die Gemeinden und Städte. Auch der Konsument kann zur Belebung des Arbeitsmarktes viel beitragen, wenn er künftig, wie ja auch jetzt schon im Kriege, der einheimischen Produktion den Vorkzug gibt, und Produkte der feindlichen Länder nach Möglichkeit meidet.

Die Frauen werden, und das wird nach dem Kriege eine große Sorge sein, vielfach aus ihren Berufen durch die Heimkehrenden wieder verdrängt werden, während in anderen wieder ihre Tüchtigkeit eine Verschiebung der männlichen Arbeitskräfte nötig machen wird. Aber auch für sie wird der Zeitpunkt gekommen sein, sich so zu organisieren, um ihrer Arbeit bessere Geltung und Bezahlung zu erwirken. Strengstens durchzuführen ist nach dem Kriege der Kinderschutz, zum Wohle der kommenden Generation.

Die Arbeiterlöhne werden nach dem Kriege höher als vor dem Kriege sein, weil die Produktion noch jahrelang die Nachfrage nicht voll wird befriedigen können, und ihr die vielen gefallenen und invaliden Arbeiter bitter fehlen werden; auch die Teuerung bedingt hohe Löhne. Die Produktionsgenossenschaften und dergl. werden sich vermehren, Wohlfahrtseinrichtungen, wie Volksküchen, Arbeiter- und Arbeiterinnenheime und dergl. in erweitertem Maße geschaffen werden.

Für Kleingewerbetreibende, Landwirte usw. wäre es von großer Bedeutung, daß nach dem Kriege die Kriegskreditanstalten nicht gleich ihre Tätigkeit einstellen, weil diese Stände gerade dann ein Darlehen am nötigsten haben. Manche Regierungen, wie z. B. die sächsische, haben hierfür auch schon vorgesorgt.

Pflicht der Dahingeblichenen ist es, nach Möglichkeit für solche sozialen Einrichtungen zu sorgen, die den Heimkehrenden eine Stellung sichern und sie der Sorge um das tägliche Brot überheben. Jb.

Die Deutsche Volksversicherung

Am 26. v. Mts. fand in Berlin im Reichstagsgebäude die gutbesuchte dritte ordentliche Generalversammlung unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung statt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Staatsminister Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, daß die Entwicklung der Gesellschaft im zweiten Kriegsjahre erfreulich günstig gewesen sei, und daß die Deutsche Volksversicherung, gestützt auf die Organisationen, die sich ihr angeschlossen haben, und im Hinblick auf ihre gesunde finanzielle Grundlage getroffen in die Zukunft blicken können.

Wie aus dem Geschäftsberichte hervorgeht, erhöhte sich trotz des Krieges, der den Versicherungsbestand der meisten Lebensversicherungsunternehmen wesentlich vermindert hat, der Versicherungsbestand unserer Volksversicherung durch einen Zuwachs von mehr als 27 200 Versicherungen mit über 10 Millionen Mark Versicherungssumme auf 22 613 855,60 M.

Will man einen Überblick über die Entwicklung des Versicherungsbestandes sowie des Vermögens seit Gründung gewinnen, so geschieht diese am klarsten an Hand folgender zahlenmäßigen Aufstellung.

Es betrug bei unserer Volksversicherung

	Die Anzahl der tausenden Versicherungen	der Betrag M.	der Gesamtbetrag des Gesellschaftsvermögens M.
1913	10 088	3 118 965,=	2 929 649,98
1914	35 044	12 784 449,10	3 117 271,82
1915	62 277	22 613 855,60	5 800 169,86

Nicht günstig war auch ihre innere Entwicklung. Die Jahresprämieinnahme ist nämlich 1915 gegenüber dem Vorjahre um 71 Prozent, und zwar von 592 265,26 M auf 1 014 898,54 M gestiegen, die Einnahme aus Zinsen von 47 717,65 M auf 133 554,05 M und der Gesamtbetrag der Einnahmen von 1 336 690,91 M auf 4 002 328 M.

Dagegen sind die Verwaltungskosten einschließlich der Ausgaben für erste Einrichtung und Organisation, aber ohne Abschluß- und Inzassovergütung gegen das Vorjahr ganz erheblich, und zwar um rund 50 Prozent, gesunken; die Ausgaben für Abschluß und Inzassovergütungen sind um 54 Prozent gesunken.

Auch die Ausgaben für Sterbe- und Invaliditätsfälle konnten trotz des Krieges mit den dafür verfügbaren Mitteln voll gedeckt werden und ließen noch einen erheblichen Ueberschuß.

Das Bild ist also überall erfreulich. Unsere Volksversicherung hat sich an den vier Kriegsanleihen mit insgesamt 1 901 800 M beteiligt; die gezeichneten Beträge sind bereits bis auf einen verhältnismäßig kleinen Betrag voll eingezahlt.

Aus den Kreisen der beteiligten Organisationen haben wiederum mehrere größere Sterbekassen ihre Versicherungsbestände unserem großen, gemeinnützigen Unternehmen angeschlossen und damit in dankenswerter Weise ein vorbildliches Beispiel gegeben.

Die von der Gesellschaft als Wohlfahrtsunternehmen betriebene Deutsche Kriegsversicherung hat sich gleichfalls günstig entwickelt. Am 20. Mai 1916 waren im ganzen 58 043 Kriegsteilnehmer versichert, für die 763 507 M eingezahlt sind. Neue Anmeldungen gehen noch täglich ein. Die für die Einführung der Kriegsversicherung entstandenen Auslagen sind bereits völlig gedeckt, so daß künftig der größte Teil der Zinserträge den Versicherten zufließt.

Die Anzahl der gemeldeten Sterbefälle ist bisher auffallend gering. Zuverlässige Schlüsse über die Höhe der zur Auszahlung gelangenden Anteile lassen sich hieraus jedoch nicht ziehen, da die Möglichkeit besteht, daß mit den Anmeldungen zurückgehalten ist. Da unsere Deutsche Kriegsversicherung sofort nach ordnungsmäßiger Anmeldung des Sterbefalles eine vorläufige Abschlagszahlung in Höhe des fünffachen Betrages der Einzahlung leistet, so liegt die baldige Anmeldung im Interesse der Berechtigten, worauf auch an dieser Stelle hingewiesen sei.

Zu der Deutschen Kriegsversicherung ist inzwischen noch die gleichfalls als Wohlfahrtsunternehmen betriebene Deutsche Kriegswaisenversicherung getreten, deren Einführung im Jahre 1915 vorbereitet wurde. Sie ergänzt die bisher für die Kriegswaisenversicherung ausschließlich empfohlene Versorgungs- und Kinderversicherung nach Tarif III und Tarif IV und ist hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Kriegswaisenversicherung zugeschnitten. Sie will bekanntlich Berechnung und Menschenfreunden die Möglichkeit bieten, für versorgungsbedürftige Kriegswaisen ein möglichst hohes Ausbildungskapital nach einem besonders billigen Erlebensfalltarife zu versichern.

Die Generalversammlung vom 26. v. Mis., die unter dem Eindruck des günstigen Geschäftsberichtes stand, genehmigte einstimmig diesen Bericht und erteilte dem Vorstande und Aufsichtsrate Entlastung.

Die Verteilung des verfügbaren Reingewinnes in Höhe von 45 033,3 M wurde gleichfalls nach den Wünschen des Vorstandes und Aufsichtsrates genehmigt. Es wurden zunächst 5 Prozent gleich 220,15 M dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt. Von dem mit 44 082,88 M verbleibenden Reife wurden 70 Prozent gleich 30857,2 M der Gewinnreserve der mit Gesamtanteil 200 000 M versehenen Reiter 10 Prozent gleich 4408,28 M, die nach Abschluß der Generalversammlung im Jahre 1916 oder 1917 zu verwenden sind, werden dem Reservefonds für die Reservefonds übertragen. Von dem dem noch mit 816,58 M verbleibenden Reife wurden 800 M zur Deckung der Dividende auf das Aktienkapital zur Verfügung. Nach dem einstimmigen

Beschluß der Generalversammlung verzichteten die Aktiäre jedoch wiederum in dankenswerter Weise auch in diesem Jahre auf die Ausschüttung der ihnen zustehenden Dividende. Der dafür verfügbare Betrag wird zur Auffüllung des Organisationsfonds verwandt, der hiernach 465 989,05 M ausweist. Der Rest des Gewinnes von 816,58 M wurde zur Erhöhung der Kriegsereserve verwandt.

Bei der Erneuerungswahl für die sachungsmäßig alljährlich auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder beschloß die Versammlung einstimmig die Wiederwahl der ausgedienten sieben Herren.

Der Herr Vorsitzende, Staatsminister Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, schloß die Versammlung mit einem warmen Appell an alle beteiligten Organisationen, in dem er bat, mit größter Tatkraft dahin zu wirken, daß das wichtige und große sozialpolitische Unternehmen der Deutschen Volksversicherung Aktiengesellschaft sich kräftig weiterentwickle zum Segen für Volk und Vaterland. Diesem Wunsche schließen wir uns an.

Die gewerkschaftliche Lage in Oberschlesien

Was wird aus unserer gewerkschaftlichen Bewegung? So werden viele Kollegen, die die Bedeutung der Organisation vollständig erfasst haben, in den letzten zwei Jahren häufig gefragt haben. Welche Wirkungen wird der Krieg auf die gewerkschaftliche Organisation im Baugewerbe ausüben? Diese Frage habe auch ich mir recht oft vorgelegt. Da mir die Sachlage seit langer Zeit bekannt war, Mängel und Schwächen nicht verborgen bleiben konnten, so darf ich wohl belennen, daß ich die Wirkungen ziemlich richtig einschätzen konnte. Zwei Wochen hatte ich jetzt Gelegenheit, die meisten Orte im Industriegebiet zu bereisen. Da ich die feste Ueberzeugung habe, daß viele Kollegen unser Verbandsorgan in die Hände bekommen, will ich versuchen, ihnen einiges zu berichten.

Ein kleiner Rückblick wird die gegenwärtige Beurteilung erleichtern. Die gewerkschaftliche Bewegung in Oberschlesien ist im Verhältnis zu anderen Gebieten Deutschlands noch jung. Die scharfen politischen Kämpfe, von denen viele Arbeiter eine bessere Lage erwarteten, das Uebergewicht mächtigen Kapitals, die Sprachfrage und noch manche andere Umstände machen es begreiflich, daß die Gewerkschaften nicht spontan aus der Masse hervorgingen. Zunächst war in anderen Gebieten gerade im Baugewerbe eine tatkräftige Organisation vorhanden, als wir noch in Oberschlesien die schlechten Löhne und das Fehlen einer gewerkschaftlichen Organisation feststellen mußten. Für die Arbeiterorganisationen im deutschen Baugewerbe wurde es geradezu zu einer Notwendigkeit, mit der Agitation einzusetzen. Einige Hilfe fand die Agitation bei den Kollegen, die schon in der Fremde gearbeitet hatten. Freilich, angehts der niedrigen Löhne war diese Hilfe nur im Winter tatkräftig, während in den Sommermonaten es nur langsam vorwärts ging. Immerhin, es ging schließlich nach vielen Bemühungen und Kämpfen der verschiedensten Art doch langsam aber sicher vorwärts.

Die Zahl der zur Organisation haltenden Kollegen war im Zunehmen. Dazu trugen die erregenen Erfolge bei. Noch in den Jahren 1904 und 1905 hand der Stundenlohn auf 28 bis 34 Pf. Bei Beginn des Krieges war der Lohn auf 53 und am Ende der Tarifdauer 1915 auf 54 Pf. gestiegen. Angesichts dieser Erfolge konnte selbst die Hebe gewerkschaftsfeindlicher Organisationen die steigende Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung nicht verhindern. Auch moralisch war die Arbeiterorganisation in der breiten Öffentlichkeit an Aufsehen geiegen. Wie unendlich viele Schwierigkeiten waren zu überwinden gewesen; doch auch hier hatte ausdauernde Arbeit die gewerkschaftlichen Gegner besiegt.

Leidenschaftlich hat die gewerkschaftliche Bewegung aber immer noch mit inneren Schwierigkeiten zu rechnen. Diese bestanden nicht etwa darin, daß die Leitung mit den Mitgliedern nicht harmonisiert hätte. Im Gegenteil! Nach dieser Seite hin ist keine Klage zu erheben. Gewisse Schwierigkeiten liegen nun einmal in dem anders gearteten Wesen hiesiger Menschen. Man ist schnell begeistert, aber es fehlt häufig die Ausdauer, durchzuhalten. Das trifft insbesondere für tüchtige und aufopferungsfähige Vertrauensleute zu. Dazu die Schwierigkeiten in der Heranbildung gewerkschaftlicher Führer, denen es an der nötigen Selbständigkeit nicht fehlt. Auch hier wirkt die Vergangenheit verhängnisvoll. So Generationen immer demutsvoll sich gebeugt haben gegenüber den herrschenden Mächten, wo die Sprachfrage die Hebung der Arbeiterkraft so angeheer erzwungen, ist nicht gleich auf das Gegenteil zu rechnen. Erst Jahrzehnte müssen vergehen, bevor eine wirkliche Aenderung eintritt. Wir sind uns bewußt, daß auch hier ein großer Schritt nach vorwärts erreicht wurde.

Für das Baugewerbe tat sich aber noch eine Schwierigkeit auf, und die besteht darin, daß im eigentlichen Arbeitsgebiet nur wenige ansässige Kollegen wohnten, und so die Bewegung der inneren Festigkeit entbehrte. In jedem Sonnabend reist alles nach Hause. Freilich sind die meisten Kollegen im Regierungsbezirk Oppeln beheimatet. Wir haben nun die Ueberwindung der Schwierigkeiten in der den Kollegen bekannten Weise vorgenommen, daß wir auch die ländlichen Bezirke als Ganzes in die Agitation hineinzogen. Trotzdem konnte nicht alles erfasst werden, aber wir waren auf dem besten Wege, auch hier das Erreichbare möglich zu machen.

Da kam der Krieg. Wir hatten noch am 28. Juni in Oberglogau das zehnjährige Bestehen der dortigen Zählstelle durch eine große Feier gewürdigt. Diese Tage werden vielen noch lebenden Kollegen eine dauernde Erinnerung bleiben. Gewiß wird manchen dort teilgenommenen Kollegen irgendwo in Feindesland die kühle Erde decken. Am anderen Tage kam die Nachricht von der Ermordung des österreichischen Thronfolgers. Eine bange Ahnung sagte uns, das bedeutet den Weltkrieg. Er kam bald. Unsere in der Agitation angestellten Kollegen mußten sich am ersten oder zweiten Mobilmachungstage stellen. Nur in Beuthen blieb der Kollege Krupla zurück, um dann später auch geholt zu werden...

Da nun auch viele der tüchtigsten Vertrauensleute bald einberufen wurden, so war eine schwere Erschütterung ganz unvermeidlich. Von einzelnen Zählstellen ist fast alles zum Heeresdienst einberufen worden. Im ersten Kriegsjahr brohte auch außerdem noch ein feindlicher Einbruch dem Industriegebiet. So mußte mehr oder weniger beinahe fast alles zum Stillstand kommen. Zum Glück wurde die russische Flut zurückgedrängt und damit Schweres verhütet.

Wie sieht es nun augenblicklich mit der Arbeit aus? Unter den jetzigen Verhältnissen ist die Bautätigkeit gar nicht schlecht. Allerdings ist die Privatbautätigkeit ganz unbedeutend. Gebaut wird an staatlichen und kommunalen Bauten, und außerdem in und für die zahlreichen industriellen Betriebe. Die Industrie ist im allgemeinen unter Berücksichtigung der vorhandenen Arbeitskräfte gut beschäftigt. So werden Neuanlagen und um die Ueberschüsse nicht allzu hoch erscheinen zu lassen, werden auch Familienhäuser gebaut. So ist in manchen Orten des Industriegebietes die Bautätigkeit lebhaft, in anderen ist wieder wenig oder auch gar nichts zu tun. Eine ganze Anzahl von Maurern und Zimmerleuten ist wieder beschäftigt, die schon in den „Ruhestand“ getreten waren. Jüngere Leute, die bei Anfang des Krieges noch nicht an der Mauer standen, sind jetzt tätig. Eine Anzahl auf den Werken ist noch vorläufig reklamiert, während die in den besten Jahren sich befindlichen Arbeitskräfte meistens zur Armee einberufen wurden.

Berücksichtigt man diese Tatsachen, dann ist der Stand der gewerkschaftlichen Bewegung leicht einzusehen. In einigen Zählstellen ist alles auseinandergerissen, während in anderen Orten noch einige Kollegen die Organisation aufrechterhalten. In der gegenwärtigen Zeit kann sich auch alle Tätigkeit nur darauf richten, soweit als möglich die Verbindung aufrechtzuerhalten.

Angesichts der enormen Preissteigerung hatten die Bemühungen bei den Tarifverhandlungen den Erfolg, daß auch in unserem Gebiet sich der Lohn um 10 Pfennig erhöhte. Am 1. September steigt der Stundenlohn auf 64 Pf. Wie den Kollegen bekannt ist, soll die Lohnerhöhung ein Ausgleich während des Krieges sein. Was dann wird, darüber entscheidet reale Tatsachen, nicht am letzten Ende entscheidet darüber die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation.

Alle zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen werden sich schon heute darüber klar sein, daß mit aller Energie da angefangen werden muß, wo wir vor dem Kriege aufhörten. Heute läßt sich noch nicht übersehen, wie nach dem Kriege die Arbeitsgelegenheit beschaffen sein wird. Gegenwärtig herrscht darüber ein ziemlicher Streit zwischen Hausbesitzern und Mietern. Die einen behaupten, eine Wohnungsnotlage würde sich nicht ergeben, während die anderen wieder der Meinung sind, der Mangel an kleinen Wohnungen würde groß sein. Wie so oft lassen die Interessenfragen für andere Ueberlegungen keinen Raum. Was hier vor einiger Zeit über die Notwendigkeit von Arbeitsgelegenheit nach dem Kriege gesagt wurde, ist auch noch heute unsere Ueberzeugung. Wenn heute von den Kreisen der Hausbesitzer auf die augenblicklich größere Anzahl leerer Wohnungen hingewiesen wird, so bedeutet das nicht gerade viel. Der Krieg hat manche Familien aufgelöst. Der Ernährer wurde zum Heeresdienst eingezogen, und die Frau mit den Kindern ging häufig zu den Eltern und sonstigen Verwandten. Daß dieses nur ein vorübergehender Zustand sein kann, leuchtet ein. Andererseits hat die Bautätigkeit nun bald zwei Jahre danieder gelegen, vor dem Kriege war von Hochkonjunktur keine Spur. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sehr viele junge Leute daran

denken, nach dem Kriege einen selbständigen Haus- halt zu gründen. Die Notwendigkeit von Bauten dürfte schon vorhanden sein, eine andere Frage ist, ob die notwendigen Kapitalien beschafft werden können. Hier vorbereitende Arbeit zu leisten, um sich nicht am Ende des Krieges vor vollendete Tatsachen stellen zu lassen, wäre eine wichtige Aufgabe. Geben wir uns der Hoffnung hin, daß die aus dem Kriege heimkehrenden Krieger bald reichliche Arbeits- gelegenheit finden möchten.

Alle zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen möchten hier schon heute gebeten sein, sich baldigst nach Beendigung des Krieges wieder anzumelden. Mir dann wird es möglich sein, alle Maßnahmen zu treffen zur Einleitung einer kräftigen Agitation. Nach dem Kriege wird es unsere Aufgabe sein, den Schritt mit der Preissteigerung in Einklang zu bringen und uns auch anderen wichtigen Aufgaben zuzu- wenden.

Fr. Ehrhardt.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: Unteroffizier **Jos. Mergenthal**, Beamter der Zahlstelle Nemscheid; Unteroffizier **Nichel Monnet**, Mitglied der Zahlstelle Hinzlingen i. Lothringen; **Salob Epigley**, Mit- glied der Zahlstelle Wilhelm a. Rh.; **Joh. Dieren** und **Wih. Dohle**, Mitglieder der Zahlstelle Orlon; **Sugo Jäger**, Mitglied der Zahlstelle Gladbeck. Zum Diszeldis- cret befördert wurde Kollege **Paul Barbara**, Mitglied der Zahlstelle Großenbaum.

Beschaffung von Bauarbeitern für den Wieder- aufbau Ostpreußens. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Arbeitsnachweis für das Baugewerbe Königsberg, Kloppe- wiese 3, Fernruf 7312/7313 im Monat Juni 1161 meist unabhärtige Bauhandwerker für den Wiederaufbau ver- mitteln können; darunter waren 573 Maurer, 223 Zim- merer, 222 Bauhilfsarbeiter und der Rest andere Bau- handwerker. Die starke Nachfrage läßt auf eine erhöhte Bautätigkeit schließen; insbesondere werden jetzt mehr Zimmergehilfen verlangt, da die Holzbauten (Schuppen, Ställe) noch stark vorwiegen. Die Nachfrage konnte mit Hilfe der entlassenen garnisondienst- und arbeitsver- wendungsfähigen Soldaten annähernd befriedigt werden, die von allen Generalgouvernements des Reiches dem Arbeitsnachweis zur Verfügung gestellt und von diesem an die Arbeitgeber zu den Bedingungen des Tarifvertrages und gegen Erstattung der Reiseauslagen vermittelt werden. Für die nächste Zeit steht noch eine Anzahl solcher Arbeitskräfte zur Verfügung.

Bucht P. Am 4. Juli ist der langjährige Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, H. A. Bued, im Alter von 85 Jahren gestorben. Bued war der einseitigste und rücksichtsloseste Vertreter der Großindustrie, der den Herrn-im-Pausenstandpunkt bis in die letzte Konsequenz vertret. Der sparswacherische Geist fand in ihm den beredtesten Vertreter. Die Interessen der Großindustrie hat der von der Landwirtschaft kommende Mann mit der ihm eigenen Zähigkeit gefördert, zweiseitlos mit großem Erfolg. Auf ihn dürfte wohl auch die oft in Erscheinung tretende Gemeinlichkeit in den Zielen zwischen Großindustrie und Großgrundbesitz zurückzuführen sein. Die Großindustrie hat Bued Großes zu verdanken. Die dieser nahestehende „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt zu seinem Tode u. a.: „Bued war bei allem Reichtum seines Wissen ein einseitiger Vertreter der Arbeit- geber-Interessen und diese ausgeprochene Beschränkung seiner Kraft auf die Vertretung der Ziele der Schwer- industrie hat es mit sich gebracht, daß der zweifelslos bedeutende und tüchtige Mann im politischen Leben nur in geringem Maße Anerkennung seiner Arbeit finden konnte. Während seiner Zugehörigkeit zum Abgeordneten- haufe als nationalliberaler Abgeordneter für Essen-Duis- burg von 1891-1898 vermochte er keine besondere Rolle zu spielen.“

Der **Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen** hat das Kriegsjahr 1915 verhältnismäßig gut überstanden. Die Mitgliederbewegung zeigt wie bei allen Arbeiterorganisationen einen starken Rück- gang. Von 5000 Mitgliedern Anfang 1914 waren zu Be- ginn des Jahres 1915 noch 2065 vorhanden, Anfang 1916 noch 1362. Ueber 2000 Mitglieder sind als zum Heeresdienst einberufen gemeldet; die Zahl ist in Wirk- lichkeit noch größer, da viele Einberufene keine Meldung erstattet haben. Bisher sind 90 Verbandsmitglieder auf dem Felde der Ehre gefallen. Naturgemäß stehen die Pausenverhältnisse unter dem Einfluß des Mit- gliederrückganges. Die Jahreseinnahme belief sich auf 86 220 M.; einschließlich des Kassenbestandes vom Vor- jahre im Betrage von 24 555 M. insgesamt auf 60 775 M. Die Gesamtausgaben betrugen 37 206 M. Der Vermögens- nachweis ergibt: Bestand der Hauptkasse 23 569,15 M., Guthaben bei den Lokalkassen 1613,72 M., Bestand der Lokalkassen 6920,93 M., Inventar- und Mobilienwert 4680 M. Somit Gesamtvermögen 35 913,80 M. Gegen- über dem Vorjahre ist das eine Verminderung um 6700 M. Der Bericht schließt mit dem Hinweis, daß die christlich organisierten Schneidergehilfen allen Grund hätten, mit Vertrauen der Zukunft entgegenzusehen.

Gegen das Hochtreiben der Kleinviehpreise wendet sich der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Scher- ler in einem Erlaß, in dem es heißt: Die erfreuliche Entwicklung, die die Kleinviehzucht unter den Kriegsver- hältnissen genommen hat, hat die unerfreuliche Wirkung gehabt, daß die Preisentwicklung auf dem Kleinviehmärkte

zum Teil eine ganz ungesunde geworden ist. Insbesondere werden für Kaninchen und Ziegen vielfach Preise ge- fordert, die die Friedenspreise um das Dreifache über- treffen, und die als sachlich unberechtigt, zum Teil geradezu als wucherisch bezeichnet werden müssen. Der Landwirtschaftsminister ersucht daher die Landwirt- schaftskammern, der Preisentwicklung auf dem Kleinviehmärkte besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und eine un- gebührliche Preistreiberi, auch bei Züchtern, mit allen Kräften hintanzuhalten. Alle Fälle von wucherischer Aus- beutung sollen unverzüglich der zuständigen Preis- prüfungsstelle oder Polizeibehörde mitgeteilt werden. — Erwünscht wäre es, wenn sich der preussische Landwirt- schaftsminister ebenso energisch gegen die Preistreiberien auf dem Rindvieh- und Schweinemärkte wenden würde. Leider haben wir erst jetzt wieder eine Erhöhung der Rindviehpreise erleben müssen, und der deutsche Land- wirtschaftsrat betreibt eine solche für die Schweine. Dies fällt noch weit mehr ins Gewicht als die Preistreiberi beim Kleinvieh. Also bitte die gleiche Energie dort wie hier.

Ueber den Schiffsbau während des Krieges

äußerte sich der Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie, Dr. Ballin, wie folgt: „Die Hamburg-Amerika-Linie baut gegenwärtig den „Bismarck“, das größte Schiff der Welt, mit 56 000 Tonnen, ferner das Turbinenschiff „Tirpitz“ mit 30 000 Tonnen, und drei andere Schiffe mit je 22 000 Tonnen. Auf der Vulkanwerft bei Bremen sind nicht weniger als neun Schiffe im Bau, darunter vier von je 18 000 Tonnen, die größten Frachtdampfer der Welt. Auf der Werft in Rensburg, wo bereits drei große Passagier-Frachtdampfer im Bau sind, haben wir vor einigen Tagen noch zwei Dampfer bestellt. In Bestimmung werden für den Ver- lehr durch den Panamakanal zwei Frachtdampfer von je 17 000 Tonnen gebaut. Die Hamburg-Südamerika-Linie baut das „Cap Polonio“, ein wesentlich verbessertes Schwesterschiff des Hilfskreuzers „Cap Trafalgar“. Der Norddeutsche Lloyd baut in Danzig zwei Schnelldampfer „Kolumbus“ und „Hindenburg“, von je 35 000 Tonnen, ferner zwei Dampfer „München“ und „Zeppelin“, von je 16 000 Tonnen, außerdem 12 Dampfer von je 12 000 Tonnen. Die Afrika-Linie baut 6, die Hansa-Linie 8, die Kosmos-Linie 10 Dampfer, deren Größe zwischen 9000 bis 13 000 Tonnen schwankt.“

Dieses stelle jedoch nicht den gesamten Schiffsbau dar, da er über die Bautätigkeit auf den übrigen Werften nicht orientiert sei. Wir können daraus das beruhigende Gefühl entnehmen, daß die unserer Handelsflotte durch den Krieg entstandenen Verluste bald wieder ausgeglichen sein werden, ja, daß sie noch stärker sein wird wie bisher. Im Interesse des deutschen Handels ist dies durchaus zu wünschen.

Wirtschaftliche Bewegung

Antrag auf Erhöhung der Lehrlingslöhne.

Der Zentralvorstand des christlichen Bauarbeiterver- bandes hat in Uebereinstimmung mit dem Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes folgenden Antrag an den Vorstand des Arbeitgeberbundes ge- richtet:

Berlin-Lichtenberg, den 7. Juli 1916.

Wir den Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe,

Berlin SW 11, Bernburger Str. 21.

Die lange Kriegsdauer bringt es mit sich, daß jetzt die Arbeit der jugendlichen Personen im allge- meinen, besonders aber in der Kriegsindustrie, er- heblich besser bezahlt wird, wie vor dem Kriege. Wir erlauben uns, in Folge dieses Umstandes und in An- betracht der großen Teuerung, dem Arbeitgeberbundes- Vorstand die höfliche Bitte zu unterbreiten, seinen Mitgliedern zu empfehlen, das Kostgeld der Lehrlinge den neuen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen. Die meisten Lehrlinge sind jetzt die Stützen ihrer Familien und auf Mehrverdienst angewiesen. Wird ihnen dieser nicht gewährt, dann besteht die Gefahr, daß diejenigen, die nicht durch einen ganz festen Lehrvertrag gebunden sind, nur zum Teil ausgebildet, anderwärts als Ge- sellen auftauchen oder in andere Industrien übergehen. Es liegt im beiderseitigen Interesse, wenn die Lehr- zeit durchgehalten wird und wenn allen Arbeiten des Gewerbes gewachsene Gesellen herangebildet werden. Der Nachwuchs im Gewerbe darf nicht durch zu geringe Bezahlung der Arbeitsleistung unterbunden werden. Wir würden es daher mit Freude begrüßen, wenn der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu gelegener, nicht ferner Zeit mit den in Frage kommenden Arbeiterorganisationen eine Aus- sprache über die Lehrlingsfrage herbeiführen und vor- erst den Bundesmitgliedern die Erhöhung des Kost- geldes empfehlen würde.

Hochachtungsvoll

Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands.

Der Vorstand.

J. A.: J. Wiedeberg.

Bezirk Bochum.

Tarifverhandlungen für das Dachdecker- gewerbe.

Sie wie in Nr. 25 der Baugewerkschaft miteilten, führten die Tarifverhandlungen am 31. Mai d. J. zu dem Ergebnis, daß sich die Vertreter des Dachdeckermeister- Verbandes bereit erklärten, in ihrer Generalversammlung dafür einzutreten, daß den Dachdeckern dieselben Zu- lagen gezahlt würden, wie sie für die drei Hauptberufe des Baugewerbes vereinbart worden seien. Inzwischen wird der Dachdeckermeister-Verband zu dieser Frage

Stellung genommen haben. Daher fand am 1. Juli noch mal eine Verhandlung im engeren Kreise statt. Das Resultat dieser Verhandlung ist im nachstehenden Protokoll festgelegt worden:

Protokoll

über die Verhandlungen zwecks Bewilligung einer Kriegs- zulage, am Samstag, den 1. Juli 1916, in Duisburg. Anwesend sind von den Arbeitgebern, als Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Dachdeckermeister-Verbandes, die Herren Gustav Peters-Duisburg, Erik Ibe-Dortmund, Ph. Siebering-Essen und Geschäftsführer Schmidt-Dort- mund; von den Arbeitnehmern die Herren Bezirksleiter Koch-Bochum und Johann Fonten-Duisburg als Ver- treter des Gauleiters Piepenbring-Köln.

Der bestehende Tarifvertrag für das Dachdecker- gewerbe wird bis zum 31. März 1917 verlängert, sollte aber mit einer der kriegsführenden Mächte bis zum 31. Dezember 1916 kein Frieden geschlossen sein, so läuft der Vertrag unverändert weiter bis zum 31. März 1918.

Zu den bisherigen tariflichen Stundenlöhnen sind folgende Kriegszulagen zu zahlen: Bis 30. Juni 1916 5 Pf. Vom 1. Juli bis 31. August 1916 3 Pf. und vom 1. September bis auf weiteres 2 Pf.

Duisburg, den 1. Juli 1916.

Die Arbeitgeberorganisation:

Gustav Peters, Fr. Ibe, Phl. Siebering, Schmidt.

Die Arbeitnehmerorganisation:

Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

J. A.: Wilhelm Koch.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands.

J. A.: Joh. Fonten.

Essen (Sektion Krupp). Am Mittwoch, den 28. Juni, hatten wir in Gemeinschaft mit dem Deutschen Bauarbeiterverbande eine öffentliche Versammlung aller in den Kruppischen Werken beschäftigten Bauarbeiter an- beraumt. Die Tagesordnung lautete: „Der Abschluß der Tarifbewegung im Baugewerbe, und die Lohn- und Arbeits- verhältnisse bei der Firma Krupp“. Der Referent streifte zunächst die Tarifbewegung im Baugewerbe und stellte demgegenüber fest, daß sowohl die Lohnverhältnisse wie auch die Behandlung im allgemeinen viel zu wünschen übrig lasse. Vor allen Dingen seien die Klassenlöhne und das Akkordsystem sehr reformbedürftig. Auch in den Feuerbetrieben ist die Lohnzahlung eine ganz willkürliche, wäre es doch sonst nicht möglich, daß für feuerste Arbeiter Lohnunterschiede von einer Mark täglich vor- kommen könnten. Auch die Baupolizeivorschriften würden von der Firma nicht genügend beachtet, und es komme vor, daß 60 Mann auf der Baustelle arbeiten und nur für 20 Mann Substratum vorhanden sei. Trotzdem jähr- lich Millionen von Ueberstunden erzielt würden, zahle die Firma nicht das, was in Privat der kleinste Unter- nehmer zahlen müsse. So sei der Stundenlohn um einige Pfennige geringer, und auch für Ueberstunden und Nacht- arbeit wird der Zuschlag nicht gezahlt. Ebenso zahle die Firma für Sonntagsarbeit nur 3/4 Proz. Im Ver- laufe der Versammlung wurde dann an Beispielen be- wiesen, daß durch eine gute Organisation auch die Löhne zugunsten der Arbeiter auf den Fabriken stark beeinflußt würden. Es sei daher Pflicht der organisierten Kollegen, auf den Arbeitsplätzen unermüdet für die Organisation zu wirken. Da nun am 1. Juli im Baugewerbe wieder eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde gezahlt wird, so wurde noch beschlossen, auch bei der Firma vorstellig zu werden und diese Zulage zu fordern.

Bezirk Köln.

Udernaach, den 18. Juni 1916. Unser Tarifvertrag, der unabhängig vom Reichstarifvertrage ist, lief am 15. Mai d. J. ab. Am 22. Januar beschäftigte sich bereits eine Mitgliederversammlung mit der Erneuerung desselben. Es wurde beschlossen, das Resultat der zentralen Tarifverhandlung abzuwarten, und erst dann an die Udernaacher Unternehmer heranzutreten. Nachdem die zentrale Tarifbewegung erledigt war, wurde in einer am 1. Juni stattgefundenen Versammlung der einstimmige Beschluß gefaßt, den bisherigen Tarifvertrag unter den- selben Bedingungen zu verlängern, wie die Einigung im allgemeinen Hochbaugewerbe erfolgt ist. Der Bezirks- leiter erhielt den Auftrag, diesen Beschluß den Unter- nehmern mitzuteilen und Verhandlungen zu beantragen. Auf die Eingabe antwortete nur der Unternehmer Clemens Croth in bereitem Sinne. Die gewählte Kommission wurde am 14. Juni bei den einzelnen Firmen vorstellig. Die Firmen Clemens Croth und Wilhelm Jung gaben die schriftliche Erklärung ab, daß der bisherige Tarifvertrag in demselben Sinne als verlängert gilt, wie die zentralen Vereinbarungen getroffen sind. Der Tarif läuft somit bis 15. Mai 1917, und wenn bis zum 31. Dezember d. J. mit keiner europäischen Großmacht Frieden geschlossen ist, bis 15. Mai 1918. Der Stundenlohn beträgt ab 1. Juni 1916 für Maurer 59 Pf., für Hilfsarbeiter 49 Pf., ab 1. Juli 62 bzw. 52 Pf. ab 1. September für Maurer 64 Pf., für Hilfsarbeiter 54 Pf. Nach- träglich gab dann auch die Firma Kremer dieselbe schrift- liche Erklärung ab. Der Unternehmer Ling lehnte jede Verhandlung in der denkbar schroffsten Form ab. Ling will dem brutalen Standpunkte treu bleiben, den die Firma schon bei früherer Tariffschließung äußerte, näm- lich: Ich unterschreibe nur dann Tarife und zahle nur dann höhere Löhne, wenn sie mir die Pistole auf die Brust setzen und ich einsehe, daß ich muß. Gegenwärtig arbeiten bei Ling mehrere Akkordierte und einige frühere Klein- unternehmer. Auf Grund dieses Umstandes glaubt Ling mit seinem brutalen Standpunkte durchzukommen. Da auch in Udernaach jetzt Mangel an Bauarbeitern ist, und A. Croth sein Geschäft wieder eröffnet hat, so hat Ling, aus Furcht, seine Leute zu verlieren, die erste Zulage von 5 Pf. bezahlt. Zugleich hofft er mit dieser ersten Zulage, seine Leute von dem Bestreben auf die weiteren Zulagen abzubringen. Hat Ling doch bis dieses Frühjahr

